

# Bekanntmachung

## Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein

### Atomgesetz

hier: Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz für das Kernkraftwerk **BROKDORF**

Bekanntmachung des Sozialministers des Landes Schleswig-Holstein vom 6. Oktober 1986 – IX 351 b – 416.776.284/774.743 –

1) Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein hat im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein folgenden Genehmigungsbescheid (Az.: IX 353 – 416.776.284/774.743) vom 3. Oktober 1986 erteilt:

„Aufgrund § 7 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz – AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrensrechts vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265)

und aufgrund § 18 der Verordnung über das Verfahren bei der Genehmigung von Anlagen nach § 7 des Atomgesetzes (Atomrechtliche Verfahrensverordnung – AtVfV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1982 (BGBl. I S. 411)

in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 der Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach dem Atomgesetz (Zuständigkeitsverordnung Atomgesetz – ZustVO Atomgesetz) vom 5. Januar 1978 (GVBl. Schl.-H. S. 16) wird den unter A I 1 aufgeführten Antragstellern

die zweite Teilbetriebsgenehmigung (2. TBG)

und die dritte Nachtragsgenehmigung zur Vierten Teilgenehmigung vom 21. Dezember 1982 zur Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf (KBR) in der Gemeinde Brokdorf, Kreis Steinburg,

erteilt.

#### Teil A Entscheidung

##### I Entscheidungsumfang

##### 1 Antragsteller und Genehmigungsgegenstände

- Die Antragsteller
- PreussenElektra Aktiengesellschaft (PreussenElektra) Trescowstraße 5, 3000 Hannover 91 (Antrag vom 12. März 1974, vom 15. Mai 1985 und vom 1. August 1985 – Anträge der Rechtsvorgängerin Nordwestdeutsche Kraftwerke AG – vom 6. März 1986, vom 22. April 1986, vom 28. April 1986, vom 7. Mai 1986, vom 12. August 1986, vom 26. August 1986 und vom 17. September 1986)
  - Kernkraftwerk Brokdorf GmbH (KBR) Pappelallee 35/37, 2000 Hamburg 60 (Anträge vom 23. Dezember 1975, vom 25. September 1986)
  - Kraftwerk Union AG (KWU) Wiesenstraße 35, 4330 Mülheim a. d. Ruhr, (Anträge vom 5. Mai 1976, vom 6. März 1986 und vom 25. September 1986)

erhalten nach Maßgabe der unter Abschnitt II aufgeführten Unterlagen im Rahmen der 2. Teilbetriebsgenehmigung folgende begünstigte Verwaltungsakte:

- 1.1 Die Eignung von Folgekernen bestehend aus
- 1.1.1 Steuerelementen, Drosselkörpern und Neutronenquellen gemäß 1. TBG vom 30. Dezember 1985,
- 1.1.2 optimierten Brennelementen mit bis zu 4,0 Gewichtsprozenten (w/o) Uran 235 mit Gadolinium als abbrennbarem Absorber und
- 1.1.3 Uran-Plutonium-Mischoxid Brennelementen (MOX-Elemente) jeweils bis zu einem Reaktivitätsäquivalent eines mit 4,0 Gewichtsprozenten Uran 235 angereicherten Uranoxid Brennelementes wird festgestellt.
- Es wird genehmigt:
- 1.2 Die nukleare Inbetriebsetzung und der bestimmungsgemäße Betrieb (Probetrieb) der Anlage bis zu einer kurzzeitkorrigierten, thermischen Reaktorleistung von 100% (entsprechend 3765 MW) sowie kurzfristige, anlagenbedingte Überschreitungen bis zur Ansprechschwelle der Reaktorleistungsbegrenzung unter der verantwortlichen Leitung der KWU
- 1.3 der bestimmungsgemäße Betrieb der Anlage bis zu einer kurzzeitkorrigierten, thermischen Reaktorleistung von 100% (entsprechend 3765 MW) sowie kurzfristige, anlagenbedingte Überschreitungen bis zur Ansprechschwelle der Reaktorleistungsbegrenzung unter der verantwortlichen Leitung der PreussenElektra
- 1.4 der Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen innerhalb des Kernkraftwerkes bestehend aus
- 1.4.1 dem Umgang mit unbestrahlten und bestrahlten Brennelementen einschließlich Steuerelementen und Drosselkörpern gemäß A I 1.1 zum Zwecke
- der Annahme von zum Einsatz im KBR vorgesehenen Brennelementen,
  - der Einlagerung von unbestrahlten Brennelementen mit einer Anreicherung bis zu 3,5% Gewichtsprozenten Uran 235 im Lager für neue Brennelemente,
  - der Einlagerung von max. 2 Brennelementen mit einer Anreicherung kleiner/gleich 4,0 w/o U 235 oder von reaktivitätsäquivalenten Uran-Plutonium-Mischoxid Brennelementen in Absorberbüchsen im Lager für neue Brennelemente,
  - der Einlagerung von unbestrahlten und bestrahlten Brennelementen im Brennelementlagerbecken bis zu einer Kapazität von 768 Positionen einschließlich sonstiger für den Betrieb des Kernkraftwerkes vorgesehener Kernbauteile,
  - des Beladens und Entladens des Reaktordruckbehälters mit unbestrahlten und bestrahlten Brennelementen,
  - des Umsetzens von bestrahlten und unbestrahlten Brennelementen innerhalb des Reaktordruckbehälters,
  - des Umsetzens bestrahlter und unbestrahlter Brennelemente innerhalb des Brennelementlagerbeckens,
  - der Inspektion und Reparatur von Brennelementen,
  - der Abgabe bestrahlter Brennelemente und
  - des Entladens zurückgenommener, defekter Brennelementlagerbehälter und des Einlagerns der aus diesen Behältern entladenen bestrahlten Brennelemente im Brennelementlagerbecken,
- 1.4.2 dem Umgang mit 2 Primärneutronenquellen mit einer Gesamtaktivität von max.  $7,4 \times 10^{10}$  Bq Californium 252 zum Zwecke des Einbringens und den Entladens aus dem Reaktorkern, der

Einlagerung im Brennelementlagerbecken und des An- und Abtransportes in einem abgeschirmten Behälter,

1.4.3 dem Umgang mit Tritium mit einer Aktivität bis zu  $3,7 \times 10^{10}$  Bq für die Dichtheitsüberwachung des Generatorkühlkreislaufes und

1.4.4 dem Umgang mit weiteren sonstigen offenen oder umschlossenen radioaktiven Stoffen im KBR, soweit diese für den bestimmungsgemäßen Betrieb der Anlage erforderlich sind oder im Rahmen des Betriebes entstanden sind.

1.5 Die Beseitigung von nicht regelmäßig anfallenden Abfällen, die gemäß § 2 Abs. 2 AtG nicht als radioaktive Stoffe gelten, aus dem Kontrollbereich als gewöhnliche Abfälle.

1.6 Die Rücknahme von Lagerbehältern mit bestrahlten Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Brokdorf, sofern deren Rücktransport aus Zwischenlagern erforderlich wird, zum Zwecke der Wiederherstellung der Dichtheit oder, falls dies nicht gelingt, das Entladen und Zwischenlagern der Brennelemente.

1.7 Die Abgabe radioaktiver Stoffe im bestimmungsgemäßen Betrieb:

1.7.1 mit der Luft (Ableitung über den Fortluftkamin und Freisetzung außerhalb des Kontrollbereichs) darin enthalten:

- radioaktive Gase bis zu  $1,10^{15}$  Bq/Kalenderjahr
- $5,10^{14}$  Bq/Halbjahr (180 aufeinanderfolgende Tage)
- $1,10^{13}$  Bq/Kalendertag
- radioaktive Aerosole (Halbwertszeiten größer als 8 Tage) ohne Jod 131 bis zu  $1,10^{10}$  Bq/Kalenderjahr
- $5,10^9$  Bq/Halbjahr
- $1,10^8$  Bq/Kalendertag
- Jod 131 bis zu  $6,10^9$  Bq/Kalenderjahr
- $3,10^9$  Bq/Halbjahr
- $6,10^7$  Bq/Kalendertag

darin enthalten sind als max. zulässige Abgaberate über das Dach des Maschinenhauses und über die Frischdampf-Abblasestation (FSA-Station)

$3,10^8$  Bq/Kalenderjahr

davon  $8,10^7$  Bq während der Weideperiode (1.5. bis 31. 10.)

und  $2,2,10^8$  Bq außerhalb der Weideperiode

sowie über das Maschinenhausdach allein

$8,10^5$  Bq/Kalendertag während der Weideperiode

und  $4,5,10^9$  Bq/Kalendertag außerhalb der Weideperiode

1.7.2 mit dem Wasser in die Elbe (Ableitung aus der Abwasseraufbereitung und Freisetzung außerhalb des Kontrollbereichs) bestehend aus

- Tritium bis zu  $3,5,10^{13}$  Bq/a
- radiumfreies Nuklidgemisch bis zu  $5,55,10^{10}$  Bq/a

davon in einem halben Jahr höchstens die Hälfte der vorgeschriebenen Werte und im Rahmen der 3. Nachtragsgenehmigung zur 4. Teilgenehmigung:

1.8 Die Änderung des Lagers für neue Brennelemente zur Lagerung von max. 2 Brennelementen mit größer 3,5 w/o und kleiner/gleich 4,0 w/o U 235 oder von 2 reaktivitätsäquivalenten MOX-Elementen, den Einsatz von Absorberbüchsen und eines Absorberbüchsenengreifers.

1.9 Der Einsatz eines Gehänges zum Transport des Brennelement-transportbehälters für MOX-Elemente mit dem Halbportalkran UQ 07.

1.10 Der Entfall des Revisionsgebäudes (ZU) einschließlich der Anbauten Außenlager (ZL 8) und Garagen (ZV 6) sowie der Entfall der darauf bezogenen Auflagen A III 3.2.1 bis A III 3.2.5. der 4. TG.

2. Berücksichtigung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften Diese Genehmigungen ergehen unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden, die für das Gesamtvorhaben aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind.

3. Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Verkehr Diese Genehmigungen ergehen gemäß § 1 Abs. 2 ZustVO Atomgesetz im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

4. Verhältnis dieser Genehmigungen zu bisher erteilten atomrechtlichen Genehmigungen Alle bisher erteilten atomrechtlichen Genehmigungen bleiben unberührt, soweit durch diese Genehmigungen keine abweichenden Regelungen getroffen sind.

5. Inhaber der Kernanlage Brokdorf Inhaber der Kernanlage sind die unter A I 1 aufgeführten Antragsteller.

Mit dem von mir gebilligten Übergang der verantwortlichen Leitung auf die PreussenElektra scheidet die KWU als Inhaberin der Kernanlage und als Genehmigungsinhaberin aus.

II Genehmigungsunterlagen (nicht mit abgedruckt)

III Inhaltliche Beschränkungen

1. Der Übergang zu folgenden Betriebsweisen der Anlage darf erst dann vollzogen werden, wenn die Prüfungen und Versuche der jeweils vorhergehenden Betriebsweise vollständig abgeschlossen sind und ich meine Zustimmung gegeben habe:

- in Phase D (Erstes Kritischmachen, Prüfungen bei Nulleistung und im Leistungsbereich) der Übergang auf mehr als 30% und mehr als 80% Reaktorleistung
- Probetrieb

– Leistungsbetrieb ab Übernahme der verantwortlichen Betriebsführung des Kernkraftwerkes durch die PreussenElektra als Betreiber.

Vor Erteilung der jeweiligen Zustimmung sind mir Unterlagen über die Ergebnisse der vorangegangenen Prüfungen sowie eine zusammenfassende Bewertung der Antragsteller zur Prüfung vorzulegen.

2. Das Anfahren der Anlage nach einer Revision oder einem Brennelementwechsel ist erst nach meiner Zustimmung zulässig. Die Zustimmung wird z.B. abhängig gemacht von der Behebung von aufgetretenen Mängeln, der Erfüllung von Anordnungen und Auflagen und der Realisierung von Ertüchtigungsmaßnahmen, soweit diese künftig für die Schadensvorsorge für das Kernkraftwerk zwingend erforderlich werden sollten.

3. Das Anfahren der Anlage nach einer Änderungs- oder Instandsetzungstätigkeit darf erst erfolgen, wenn die Dokumentation aktualisiert ist oder zumindest durch Interimsbescheinigungen eines von mir beauftragten Sachverständigen die erfolgreiche Abnahme- und Funktionsprüfung bestätigt ist.

4. Die Einlagerung von Brennelementen sowie der Abtransport bestrahlter Brennelemente bedürfen meiner Zustimmung.

#### Auflagen

Diese Genehmigungen ergehen unter folgenden Auflagen: (nicht mit abgedruckt)

V Verantwortliche Personen im Sinne von § 7 Abs. 2 Ziffer 1 AtG

Verantwortliche Personen für die Zeit der nuklearen Inbetriebsetzung und des Probetriebes bis zur Übernahme der verantwortlichen Betriebsführung durch die PreussenElektra sind die im Betriebshandbuch der KWU Teil 1 Kapitel 1 (Personelle Betriebsorganisation) Anlage 1 aufgeführten Personen sowie die in Anlage 2 aufgeführten Personen des Schichtpersonals.

Verantwortliche Personen ab Übernahme der verantwortlichen Betriebsführung durch die PreussenElektra sind die im Betriebshandbuch der PreussenElektra Teil 1 Kapitel 1 (Personelle Betriebsorganisation) in Anlage 1 a aufgeführten Personen sowie die in Anlage 1 b aufgeführten Personen des Schichtpersonals.

Die verantwortlichen Personen für die im Rahmen des 3. Nachtrags zur 4. TG vorzunehmenden Errichtungsarbeiten sind in meinem Schreiben vom 10. Februar 1981, Az.: IX 353 – 416.774.264, antragsgemäß aufgeführt.

VI Strahlenschutzverantwortliche und Strahlenschutzbeauftragte Strahlenschutzverantwortliche nach § 29 StrlSchV sind die in Teil A I 1 aufgeführten Genehmigungsinhaber.

Für den Zeitraum der nuklearen Inbetriebsetzung und des Probetriebes bis zur Übergabe der Anlage an die PreussenElektra hat die KWU die im Betriebshandbuch der KWU Teil 1 Kapitel 4 (Strahlenschutzordnung) aufgeführten Personen sowie die Schichtleiter und Schichtleitervertreter zu Strahlenschutzbeauftragten bestellt.

Für den Zeitraum ab Übergabe der Anlage an die PreussenElektra hat die PreussenElektra die im Betriebshandbuch der PreussenElektra Teil 1 Kapitel 4 (Strahlenschutzordnung) in Verbindung mit Teil 1 Kapitel 1 (Personelle Betriebsorganisation) aufgeführten Personen zu Strahlenschutzbeauftragten bestellt.

#### Kosten des Verfahrens

Die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die Festsetzung der Höhe der Gebühr erfolgt in einem getrennten Kostenbescheid.

Die Auslagen werden gesondert erhoben.

Die Erhebung eines Kostenvorschusses für diesen Bescheid bleibt vorbehalten.

#### Entscheidung über die Einwendungen

Die im Genehmigungsverfahren nach § 7 AtG zur Errichtung und zum Betrieb des Kernkraftwerkes Brokdorf rechtzeitig erhobenen Einwendungen werden, soweit ihnen nicht durch Regelungen dieses Bescheides Rechnung getragen ist, als unbegründet zurückgewiesen.

#### Sofortige Vollziehung

gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17), wird die sofortige Vollziehung dieses Bescheides angeordnet.

#### Begründung

(nicht mit abgedruckt)

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Genehmigungsbescheid kann Klage beim Oberverwaltungsgericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in 2120 Lüneburg, Uelzener Straße 40, erhoben werden. Die Klage muß innerhalb einer Frist von einem Monat – gerechnet vom Tage der Zustellung an – möglichst mit zwei Abschriften beim Oberverwaltungsgericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg eingereicht oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erklärt werden.

Die Klage ist gegen den Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein als Beklagtem zu richten; sie muß den Kläger und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll ferner einen bestimmten Antrag und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel enthalten.

Beim Oberverwaltungsgericht für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in 2120 Lüneburg, Uelzener Straße 40, oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts kann die ganze oder teilweise Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beantragt werden.“

2) Diese Bekanntmachung ergeht gemäß § 17 Absatz 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV).

3) Gemäß § 17 Absatz 2 AtVfV wird eine Ausfertigung des gesamten Bescheides bei folgenden Stellen zwei Wochen zur Einsichtnahme ausgelegt:

- a) im Sozialministerium, Brunswiker Straße 16-22, 2300 Kiel 1, von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 16.30 Uhr und
- b) im Hauptamt des Amtes Wilstermarsch, Kohlmarkt 25, 2213 Wilster, Zimmer 16, montags bis donnerstags in der Zeit von 7.30 bis 12.00 Uhr und von 12.30 bis 16.45 Uhr und freitags von 7.00 bis 12.00 Uhr.

4) Die Auslegungsfrist beginnt am 14. Oktober und dauert bis einschließlich 27. Oktober 1986. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß gemäß § 17 Abs. 2 Satz 4 AtVfV der Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist auch Dritten gegenüber, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt gilt.

Personen, die Einwendungen erhoben haben, können den Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist bei den genannten Auslegungsstellen schriftlich anfordern.

Der Sozialminister  
des Landes Schleswig-Holstein  
Im Auftrage  
gez. Dr. Schattke

Beglaubigt:  
Clasen  
Regierungsamtmann

In Wilster  
und der  
Wilstermarsch  
liest man

# Wilstersche Zeitung